

Parlamentswahl in Polen: Die Stunde der Populisten?

Polen hat gewählt: Klarer Wahlsieger sind die sozialdemokratischen Postkommunisten, die jedoch die absolute Mehrheit verfehlt haben und nun unter sehr schwierigen Bedingungen eine Regierung bilden. Die aus der antikommunistischen Solidarnosc der achtziger Jahre hervorgegangenen Gruppierungen, die in den letzten vier Jahren die Regierung unter Jerzy Buzek bildeten, haben nicht einmal den Einzug in den Sejm geschafft. Stattdessen befinden sich im Parlament vier neue Gruppierungen, von denen zumindest zwei als radikal einzustufen sind und den EU-Beitritt Polens ablehnen. Alle im Sejm befindlichen Parteien haben schon im Wahlkampf mehr oder weniger starke populistische Instrumente benutzt. Dennoch ist Polens künftige EU-Mitgliedschaft nicht gefährdet.

Am 23. September 2001 fanden in Polen Wahlen zu Sejm (460 Sitze) und Senat (100 Sitze) statt. Dabei ist vor allem der Sejm von Interesse. (Der Senat hat die Kontrollfunktionen eines Oberhauses und ist keine Vertretung der Regionen).

Acht wichtige Gruppierungen hatten Chancen, in den Sejm einzuziehen. Zwei davon, das postkommunistisch-sozialdemokratische Bündnis der Demokratischen Linken (SLD) und die Bauernpartei (PSL), befanden sich über die gesamte letzte Legislaturperiode in der Opposition. Die SLD wurde die stärkste Gruppierung, konnte jedoch nicht die absolute Mehrheit erringen, wird aber auf jeden Fall die nächste Regierung anführen.

Von den vier Gruppierungen, die mit der noch amtierenden Regierung unter Premier Jerzy Buzek verbunden sind oder waren, haben die zwei Solidarnosc-Nachfolgeparteien Freiheitsunion (UW) und Wahlaktion Solidarnosc der Rechte (AWSP) den Einzug in den Sejm verfehlt. Das liegt wesentlich an dem fatalen Image, das die Regierung inzwischen durch schlecht eingeführte Reformen, innere Zerstrittenheit, Korruptionsaffären und eine heraufziehende Wirtschaftskrise entwickelt hat. Hierbei spielt die rapide angewachsene Arbeitslosigkeit eine wichtige Rolle. Zwei weitere, die teils aus diesen beiden entstanden sind, nämlich die Bürgerplattform (PO) und die Bewegung Recht und Gerechtigkeit (PiS), werden in der Opposition landen.

Ein besonderes Kennzeichen dieser Wahl ist der Abschied zweier Gruppierungen aus dem Sejm: Die Wahlaktion Solidarnosc der Rechten (AWSP, früher AWS), die die klassisch polnische Kombination aus nationalklerikalen und gewerkschaftlichen Positionen vertritt, und die inzwischen stark auf die Intelligenz zentrierte Freiheitsunion (UW), die zusammen von 1997 bis 2000 die Regierung bildeten, bis die UW austrat. Im Laufe der ersten Hälfte 2001 bildete sich aus Abspaltungen von UW und AWS die liberalkonservative Bürgerplattform (PO), und von der AWSP spaltete sich die populistisch-antikommunistische Bewegung Recht und Gerechtigkeit (PiS) ab. Allein bei den Senatswahlen gelang es den vier Mitte-Rechts-Parteien, sich auf eine gemeinsame Liste („Senat 2001“) unter dem Banner des Antikommunismus zu einigen, was allen den Einzug in diese Kammer garantiert – allerdings mit einem recht mageren Ergebnis im Vergleich zu der 75-Prozent-Mehrheit der SLD im Senat.

Zwei radikale Listen, die ultrapopulistische Samoobrona (= Selbstverteidigung) des gewalttätigen Bauernführers Andrzej Lepper, und die nationalistisch-integristische Liga Polnischer Familien (LPR), haben Überraschungserfolge erzielt und die Fünf-Prozent-Hürde mühelos übersprungen. Beide sind gegen einen EU-Beitritt Polens (obwohl aus unterschiedlichen Gründen), wurden aber wohl nicht in erster Linie deswegen gewählt. Ihr Erfolg ist vielmehr Ausdruck wachsender Frustration über die Geschwindigkeit des wirtschaftlichen Wandels. Eindeutiger Sieger dieser Wahl ist der Populismus, also das Postulieren politischer Programme mit dem Ziel eines kurzfristigen Stimmenzuwachses, an Stelle zukunfts-trächtiger Strategien für Polen. Das betraf insbesondere die neuen radikalen Gruppierungen, aber auch SLD-UP, PiS, PSL und in einigen Aspekten sogar PO, waren nicht frei von populistischen Elementen.

Die heiße Phase des Wahlkampfs beschränkte sich auf die letzten zwei Wochen vor der Wahl. Für den Wahlkampf interessant waren laut Umfragen vorwiegend innenpolitische Themen, wobei die Arbeitslosigkeit mit 85 Prozent an oberster Stelle steht, gefolgt von der Verbrechensbekämpfung (49 Prozent), dem Gesundheitswesen, Renten, Steuern und Landwirtschaft. Der EU-Beitritt interessierte demgegen-

■ **Zwei radikale Listen, die ultrapopulistische Samoobrona (= Selbstverteidigung) des gewalttätigen Bauernführers Andrzej Lepper, und die nationalistisch-integristische Liga Polnischer Familien (LPR), haben Überraschungserfolge erzielt und die Fünf-Prozent-Hürde mühelos übersprungen.**

über nur sieben Prozent, Abtreibung drei Prozent und die Entfernung von Funktionsträgern, die über eine eventuelle frühere Geheimdienstmitarbeit die Unwahrheit gesagt haben, aus ihren Ämtern (Lustration) zwei Prozent.

Der Klerus hat, wie schon 1997, keine konkrete Wahlempfehlung ausgesprochen (im Gegensatz zu seinen unmittelbaren Interventionen Anfang der Neunziger), aber mehrere Bischöfe und der Primas haben in Hirtenbriefen klar gemacht, dass die Teilnahme an der Wahl Christenpflicht sei und zwischen den Zeilen auch ihre Ablehnung der SLD und teilweise auch der extremen Rechten (wegen Antisemitismus) kundgetan.

Im Folgenden eine Einführung in die Wahlordnung, Kurzprofile der angetretenen Parteien und Gruppierungen, die Wahlergebnisse inklusive Analyse, ein Szenario für eine künftige Regierung und Überlegungen zur Zukunft der Parteienlandschaft.

■ Die Wahlordnung

Die neue Wahlordnung vom 7. März 2001 stellt, wie die vorherige, eine Mischung aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht dar. Allerdings gibt es keine zentrale Landesliste mehr (früher 60 von 460 Mandaten). Außerdem wurden die Grenzen der Wahlkreise den Gegebenheiten nach der Verwaltungsreform angepasst; es gibt weniger und dafür größere Wahlkreise (Warschau z.B. hat 19 Mandate). Bei der Zählmethode wurde vom System D'Hondt zum System Saint Lague übergegangen, was größeren Formationen nicht mehr ein so großes Übergewicht einräumt wie bisher. Trotzdem bleiben die starken Listen überrepräsentiert. Heute muss eine Liste ca. 43 Prozent der Stimmen erlangen, um im Sejm die absolute Mehrheit zu bekommen. Beibehalten wurden die zwei Prozenzhürden: Fünf für Einzelparteien, acht für Wahlkoalitionen verschiedener Parteien. (Gewerkschaften dürfen laut Verfassung gar nicht mehr kandidieren). Daneben wird in der neuen Wahlordnung die Parteien- und Wahlkampffinanzierung strenger gehandhabt: z.B. gilt für Wahlkampfausgaben ein absolutes Limit von 29 Millionen Zloty (= 16 Millionen DM); Wahlkampfkostenerstattung (zehn Zloty pro Stimme) erhalten alle, die über drei Prozent Stimmenanteil erreichen.

■ Bei der Zählmethode wurde vom System D'Hondt zum System Saint Lague übergegangen, was größeren Formationen nicht mehr ein so großes Übergewicht einräumt wie bisher. Trotzdem bleiben die starken Listen überrepräsentiert.

■ Die wichtigsten Wahllisten

Bündnis der Demokratischen Linken und Union der Arbeit (SLD-UP)

Entstehung und Strukturen

1991 gründete sich die Sozialdemokratie der Republik Polen (SdRP) als Nachfolgepartei der kommunistischen PZPR und formte zusammen mit anderen linken Parteien, Gewerkschaften und Organisationen das Bündnis der Demokratischen Linken SLD (auch: Fraktion im Sejm). Dies wiederum wurde 1999 zu einer einheitlichen Partei. 1993 wurde die SLD zur stärksten Fraktion und stellte bis 1997 zusammen mit der Bauernpartei PSL die Regierung und die Ministerpräsidenten Jozef Oleksy und Włodzimierz Cimoszewicz. Aus ihren Reihen kommt auch Staatspräsident Kwasniewski, der 1995 gegen Lech Walesa gewann und 2000 im ersten Wahlgang mit absoluter Mehrheit wiedergewählt wurde. Die heutige SLD hat ca. 100 000 Mitglieder und ein beachtliches Parteivermögen – sie hat den Großteil der PZPR-Finzen übernehmen können. Zu den Wahlen 2001 trat sie zusammen mit der Union der Arbeit (UP, ca. 2000 Mitglieder) an, den Resten einer sozialdemokratischen Kleinpartei, die 1997 knapp an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte.

Wahlprogramm

Im Programm der SLD steht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an oberster Stelle. Sie soll erreicht werden durch Steuererleichterungen für Unternehmer, die neue Arbeitsplätze schaffen, Zuschüsse zu Exportkrediten, Einkommensbeihilfen für Landwirte, Anreize für Umqualifizierung und nur in geringem Maße durch höhere Flexibilität am Arbeitsmarkt.

Im Gesundheitswesen will die SLD die Krankenkassen auf Kreisebene, die 1999 im Rahmen der Buzek-Reformen gebildet worden waren, wieder abschaffen und statt dessen vier bis sechs große, regionale, vom Gesundheitsministerium kontrollierte Gesundheitsfonds einrichten, die die Beiträge verwalten und ärztliche Leistungen finanzieren. Für alle medizinischen Dienstleistungen gelten Einheitspreise, es gibt kostenlose Sanatorien für Kinder und Jugendliche.

■ Im Programm der SLD steht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit an oberster Stelle. Sie soll erreicht werden durch Steuererleichterungen für Unternehmer, die neue Arbeitsplätze schaffen, Zuschüsse zu Exportkrediten, Einkommensbeihilfen für Landwirte, Anreize für Umqualifizierung und nur in geringem Maße durch höhere Flexibilität am Arbeitsmarkt.

Das wesentlich von der SLD gestaltete Programm richtet sich einerseits an die „Transformationsverlierer“, also Alte, schlechter Ausgebildete und ländliche Bevölkerung, unter denen die Angst vor Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit besonders verbreitet ist. Andererseits schafft es die SLD mit einer „New-Labour“-Identität, auch Angehörige der jungen, urbanen Mittelschicht an sich zu binden, und wird damit zur echten Volkspartei. Vor allem aber profitiert die SLD-UP von der enormen Frustration über die Zerstrittenheit, die Korruption und die wahrgenommene Ineffizienz der Regierung Buzek und der hinter ihr stehenden Parteien.

In der Außenpolitik sieht die SLD keine strategischen Veränderungen vor. Sie tendiert eher dazu, die europäische Integration stärker und vor allem eindeutiger zu betonen als die Regierung Buzek und die Parteien der Rechten. „Europa“ als Modernisierungsbegriff und gleichsam Antidot gegen nationalklerikale Tendenzen wird von SLD-Politikern gern als Karte im Spiel gegen die Rechte eingesetzt. In der Ostpolitik klagt sie eine konstruktivere Politik gegenüber Moskau ein, würde aber keinesfalls die Westbindung Polens auch nur in Frage stellen.

Wichtige Politiker

- Leszek Miller (54), Vorsitzender der SLD, Mitglied der kommunistischen PZPR von 1969 bis 1990, dann der SdRP (heute SLD), seit 1991 Abgeordneter, 1993–97 erst Arbeits-, dann Innenminister, SLD-Kandidat für das Amt des Premierministers.
- Krzysztof Janik (51), SLD-Generalsekretär und Chef des Wahlkampfstabes, Gründungsmitglied der SdRP, Abgeordneter seit 1993, Dr. der Politik, SLD-Kandidat für das Amt des Innenministers.
- Marek Belka (49), Wirtschaftsberater des Staatspräsidenten, Professor der Wirtschaftswissenschaften, 1997 Vizepremier und Finanzminister, wahrscheinlich dasselbe in der neuen Regierung.
- Marek Pol (48), 1976–1990 PZPR-Mitglied, 1992 Gründungsmitglied der Union der Arbeit (UP), seit 1998 deren Vorsitzender, 1993–95 Industrie- und Handelsminister, wahrscheinlich Vizepremier und Arbeits- oder Wirtschaftsminister in der neuen Regierung.

Bauernpartei (PSL)

Entstehung und Strukturen

Die Bauernpartei wurde in ihrer heutigen Form 1990 gegründet, bestand aber auch in der kommunistischen Zeit als ZSL (sie hat typische Merkmale einer Blockpartei) und beruft sich auf die Bauernbewegung, die seit Ende des 19. Jahrhunderts die polnische Politik mitgestaltet hat. Mit heute 200 000 Mitgliedern und gut ausgebauten Strukturen, besonders auf Gemeindeebene, ist sie in ländlichen Räumen gut verankert.

Programm

Programmatisch vertritt die PSL überwiegend die Interessen ihrer ländlichen Klientel und fordert ein großzügigeres Engagement des Staates in der Förderung der Landwirtschaft, wobei sie sich in der Abneigung gegen die Reformpolitik Buzeks (besonders Verwaltungs- und Gesundheitsreform) stark an die SLD-UP annähert. Besonders wichtig in ihrem Programm sind Forderungen nach Verlangsamung der Privatisierung, insbesondere gegenüber ausländischen Investoren. Im Außenhandel besteht die PSL stärker als andere Parteien auf Protektionismus. Im Grunde ist die PSL die am stärksten antiglobalistische der etablierten polnischen Parteien.

■ **Programmatisch vertritt die PSL überwiegend die Interessen ihrer ländlichen Klientel und fordert ein großzügigeres Engagement des Staates in der Förderung der Landwirtschaft, wobei sie sich in der Abneigung gegen die Reformpolitik Buzeks (besonders Verwaltungs- und Gesundheitsreform) stark an die SLD-UP annähert.**

Wichtiger Politiker

- Jaroslaw Kalinowski (39), PSL-Vorsitzender, seit 1993 Abgeordneter, 1997 Vizepremier und Landwirtschaftsminister

Freiheitsunion (UW)

Entstehung und Strukturen

Die UW entstand in ihrer heutigen Form 1994 aus der Fusion der Demokratischen Union (UD, Christdemokraten und Sozialliberale) und des Liberaldemokratischen Kongresses (KLD, Liberale). Sie vereinte die Wählermilieus der klassischen Intelligenz mit einer urbanen Mittelschicht und einem studentischen Milieu. Unter dem Vorsitz Leszek Balcerowicz' (1995–2000) wurde sie mit 20 000 Mitgliedern und gut entwickelten regionalen Strukturen (mit Ausnahme ländlicher Bereiche) zur bestorganisierten der nach

der Wende entstandenen Parteien. Sie konnte in der Regierung Buzek 1997 bis 2000 zunächst erfolgreich als wirtschaftsliberales und zentristisches Korrektiv wirken. Doch häufte sich ab 1999 der Konfliktstoff mit gewerkschaftlich-nationalklerikalen Kräften in der AWS, der dann 2000 zum Austritt der UW aus der Koalition führte. Gleichzeitig erhöhten sich die internen Spannungen zwischen dem liberalen Flügel (ex-KLD) einerseits und dem „ethosorientierten“ (eher sozialliberal-christdemokratisch, ex-UD) andererseits, weswegen die Liberalen Anfang 2001 die UW verließen und zusammen mit einzelnen konservativen Politikern die Bürgerplattform (PO) gründeten. Der Mitgliederverlust war minimal, aber in ihrem Image wurde die UW wieder zur Professorenpartei, ohne das jugendlich-erfolgsorientierte Element, das sie in der Wahl 1997 so erfolgreich gemacht hatte.

Programm

■ **Beim Thema Nr. 1, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, schlägt die UW vor allem Änderungen im Arbeitsrecht vor: mehr Zeitverträge, größere Freiheit bei Arbeitszeitgestaltung, Senkung der Mindestlöhne, Sondererleichterungen für Arbeitgeber bei Einstellung von Berufsanfängern.**

Beim Thema Nr. 1, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, schlägt die UW vor allem Änderungen im Arbeitsrecht vor: mehr Zeitverträge, größere Freiheit bei Arbeitszeitgestaltung, Senkung der Mindestlöhne, Sondererleichterungen für Arbeitgeber bei Einstellung von Berufsanfängern.

Im Gesundheitswesen steht die UW für mehr Transparenz im Finanzgebaren der Krankenkassen, staatlich garantiertes Minimum medizinischer Leistungen bei gleichzeitigen Entwicklungschancen für private Krankenversicherungen, geregelte Privatisierung von Krankenhäusern.

Im Bildungswesen schließlich will die UW eine Verdoppelung der öffentlichen Ausgaben, ein breit angelegtes Stipendienprogramm, und diverse Initiativen zur Verbesserung des Bildungsangebots im ländlichen Raum.

Wichtige Politiker

- Bronislaw Geremek (69), Vorsitzender der UW, Prof. für Mittelalterliche Geschichte, seit 1980 Berater der Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc, 1981/82 interniert, Teilnehmer an den Verhandlungen des Runden Tisches, Abgeordneter seit 1989, Fraktionsvorsitzender, später Vorsitzender des Außenpolitischen und des Verfassungsausschusses, 1997 bis 2000 Außenminister, seit 2000 Vorsitzen-

der des Sonderausschusses für die Rechtsangleichung an die EU.

- Tadeusz Syryjczyk (53), Informatiker, Stv. UW-Vorsitzender seit 1995, seit 1980 mit der Solidarnosc verbunden, seit 1991 Abgeordneter, Industrieminister im Kabinett Mazowiecki 1989 bis 1990, Verkehrsminister im Kabinett Buzek 1998 bis 2000.
- Wladyslaw Frasyniuk (47), Regionalvorsitzender der Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc in Niederschlesien seit 1980, interniert 1981/82, seit 1991 Abgeordneter, potenzieller Nachfolger Geremeks als UW-Vorsitzender.

Bürgerplattform (PO)

Entstehung und Strukturen

Die PO entstand im Januar 2001, nachdem der liberale Flügel die UW verlassen hatte und Andrzej Olechowski (parteilos, Präsidentschaftskandidat 2000), Sejmmarschall Maciej Plazynski (ex-AWS) und Donald Tusk (ex-UW) die Gründungserklärung zur Plattform formulierten. Die PO ist bewusst keine Partei, sondern eine lose Bewegung, als Beitritt gilt die Unterschrift unter der Gründungserklärung – ca. 180 000 Bürger haben sie unterschrieben. In ländlichen Regionen kaum existent, ist die PO in Großstädten und besonders in Warschau, Danzig und Kattowitz in Gestalt der jeweiligen Wahlkomitees sehr präsent.

Nach ersten Erfolgen in den Meinungsumfragen entschied sich im März 2001 die Konservative Volkspartei SKL (unter Jan Rokita), aus der Parteienkoalition AWS auszusteigen und auf den Listen der PO zum Sejm zu kandidieren, ohne vorerst ihren Parteicharakter aufzugeben. Eine weitere Organisationen, deren Angehörige als solche auf den PO-Listen kandidieren, ist die Vereinigung der Jungen Demokraten (frühere UW-Jugendorganisation). Eine Parteigründung ist, ausgehend von der dann bestehenden Sejmfraktion, geplant. Vorsitzender sowohl der Partei als auch der Fraktion soll der Danziger Politiker Maciej Plazynski werden. Spannungen zwischen SKL und den PO-Angehörigen, deren graue Eminenz der ex-UW-Politiker Pawel Piskorski ist, gibt es allerdings heute schon.

Die PO verdankt ihren Erfolg als zweitstärkste politische Kraft im Sejm hauptsächlich ihrer Anti-Parteien- und Anti-Bürokratie-Rhetorik. In ihrem Programm vereint sie wirtschaftsliberale Grundtendenzen mit einem gemäßigten Wertekonservatismus, aber im Grunde antwortet sie viel eher auf Gefühle als auf konkrete politische Vorstellungen. Sie profitiert enorm von der weit verbreiteten Enttäuschung über die Inkompetenz, Korruption und Gewerkschaftshörigkeit, die der AWS seit 1999 von vielen Konservativen zum Vorwurf gemacht werden, und auch vom Zurückdriften der UW in das professorale Image. Kurz, die PO könnte als „Partei *light*“ mit einem eher amerikanisch-angelsächsischen Politikverständnis (sie setzt sich z.B. für ein reines Mehrheitswahlrecht ein) die Parteienlandschaft grundlegend verändern, genauso gut aber auch nach kurzer Zeit scheitern.

Programm

■ **Steuersenkungen standen ganz oben auf der Liste der Wahlkampfprioritäten: Die PO steht für eine 15-prozentige Einheitssteuer ab 2003, anstatt der bisher drei Steuersätze von 20 bis 40 Prozent, bei gleichzeitiger Abschaffung aller Freibeträge etc.**

Steuersenkungen standen ganz oben auf der Liste der Wahlkampfprioritäten: Die PO steht für eine 15-prozentige Einheitssteuer ab 2003, anstatt der bisher drei Steuersätze von 20 bis 40 Prozent, bei gleichzeitiger Abschaffung aller Freibeträge etc.

Die Arbeitslosigkeit soll durch eine ähnliche Flexibilisierung des Arbeitsmarkts bekämpft werden wie im Programm der UW.

Sehr wichtig sind auch konkrete (allerdings kaum realistische) Forderungen für eine Verfassungs- und Wahlrechtsreform. Die 460 Abgeordneten des Sejm sollten direkt mit Mehrheit in einmandatigen Wahlkreisen gewählt werden, der Senat sollte von 100 auf 32 Mitglieder reduziert werden, mit den 16 Wojwoden und den 16 Regionalparlamentspräsidenten als Senatoren. Die Stadt- und Gemeinderäte sollten ebenfalls einmandatige Wahlkreise repräsentieren, die Bürgermeister direkt gewählt werden.

Im Gesundheitswesen will die PO die heutigen Krankenkassen abschaffen und ein gesetzlich garantiertes Minimum an ärztlichen Leistungen festsetzen, dessen Realisierung der Kontrolle von Kreisen und Gemeinden unterliegt.

Öffentliche Finanzen sollten transparenter gemacht und die unübersichtlichen und korruptionsanfälligen staatlichen Privatisierungsagenturen aufgelöst werden.

Im Bildungswesen fordert die PO ein breit angelegtes Stipendienprogramm für Studenten aus einkommensschwachen Familien und andere diverse Hilfen.

Wichtige Politiker

- Maciej Plazynski (43), Sejmmarschall, früher Mitglied der RS-AWS, 1980 Mitbegründer des Unabhängigen Studentenverbandes NZS, 1990–1996 Danziger Wojwode, erzielte 1997 das beste absolute Wahlergebnis mit 125 000 Stimmen. Designierter Fraktions- und Parteichef.
- Andrzej Olechowski (54), Dr. der Wirtschaftswissenschaft, Finanzminister der Regierung Bielecki 1991, Außenminister der Regierungen Olszewski, Suchocka und Pawlak 1992–1995, bis 2001 Mitglied in den Aufsichtsräten verschiedener Banken, Präsidentschaftskandidat 2000: erreichte mit 17 Prozent den zweiten Platz hinter Aleksander Kwasniewski. Bereitet erneute Präsidentschaftskandidatur 2005 vor.
- Donald Tusk (44), Mitbegründer des KLD, später der UW, Stellvertretender Senatsmarschall 1997 bis 2001, Gegenkandidat Bronislaw Geremek auf dem UW-Parteitag Mitte Dezember 2000, kurz darauf Mitbegründer der PO.
- Pawel Piskorski (33), seit 1991 Abgeordneter, früher KLD, später UW, seit 2001 PO, Chef des Wahlkampfstabes der PO, seit 1999 Präsident (= OB) der Stadt Warschau – graue Eminenz der PO.

Wahlaktion Solidarnosc der Rechten (AWSP)

Entstehung und Strukturen

Die AWSP ist die direkte Nachfolgeorganisation der 1996 unter Marian Krzaklewski gegründeten AWS – eines in der Wahl 1997 mit 33 Prozent Stimmenanteil enorm erfolgreichen Bündnisses aus ursprünglich über 30 Parteien, NGOs und anderer Institutionen unter der Führung der Gewerkschaft Solidarnosc, in dem sich zwar bis 2000 ein gewisser Kristallisierungsprozess gebildet hatte, so dass es schließlich nur noch fünf Subjekte umfasste. Gleichzeitig ergaben sich aber so starke programmatisch und personell bedingte zentrifugale Tendenzen im Zuge des Sturzflugs der Regierung Buzek in der öffentlichen Meinung,

dass der logische nächste Schritt, die Gründung *einer* Partei, ausblieb und, im Gegenteil, das Ganze schnell an Zusammenhalt verlor. Nach dem Rückzug des in der Präsidentenwahl 2000 gescheiterten Marian Krzaklewski ist Premier Buzek der unbestrittene Vorsitzende; ob er allerdings nach der Sejmwahl in der Politik bleibt, ist sehr fraglich. Dadurch, dass die AWSP nicht wieder in den Sejm einzog, gleichzeitig aber weiter starke strukturelle und programmatische Unterschiede beinhaltet, ist ihre Zukunft stark in Frage gestellt. Ein Auseinanderfallen ist wahrscheinlich.

Heute besteht die AWSP aus drei Subjekten:

- der Gesellschaftlichen Bewegung AWS (RS-AWS Vorsitzender Jerzy Buzek), einer ursprünglich aus der Gewerkschaft ausgekoppelten schwach organisierten Partei mit teils nationalklerikalem, teils aber auch pragmatischem Profil,
- der Christlich-Nationalen Union (ZChN, Vorsitzender Stanislaw Zajac), einer 1991 gegründeten Partei mit klar nationalklerikalem (auch antideutschem und EU-skeptischem) Programm,
- der Union der Christdemokraten (PPChD, Vors. Antoni Tokarczuk), einer schwachen, gemäßigt christlich-konservativen Formation, die nur in einigen Regionen präsent ist. Sie hat in den Tagen nach der Wahl klare Annäherungsversuche an die PO gemacht.

Programm

Das Wahlprogramm der AWSP basierte im Wesentlichen auf einer Betonung der Erfolge der bisherigen Reformpolitik und Zusagen ihrer Fortführung.

Wichtige Politiker

- Jerzy Buzek (61), Premierminister, RS-AWS-Vorsitzender, Professor der Chemie, Mitglied der Solidarnosc seit Beginn, in den achtziger Jahren aktiv im Untergrund.
- Andrzej Wisniewski (66), Chef des Wahlkampfstabes der AWSP, Professor für Geschichte, Vorsitzender des Wissenschaftskomitees der Regierung (= Wissenschaftsministerium).

■ **Das Wahlprogramm der AWSP basierte im Wesentlichen auf einer Betonung der Erfolge der bisherigen Reformpolitik und Zusagen ihrer Fortführung.**

Recht und Gerechtigkeit (PiS)

Entstehung und Strukturen

Die Bewegung PiS entstand im Juni 2001 aus dem Zusammenschluss des Nationalkomitees Recht und Gerechtigkeit (gegründet im April 2001 von den Brüdern Kaczynski, die 1990 die Zentrumsallianz PC gegründet hatten) mit dem Bund der Rechten (PP), einer im März 2001 gegründeten äußerst strukturschwachen Vereinigung konservativer Politiker, die aus anderen Formationen (ZChN, SKL) ausgetreten waren. Die PiS-Strukturen, die in den meisten Regionen Polens bestehen, basieren auf alten PC-Mitgliedern – schließlich war die PC 1990 bis 1993 eine der am besten funktionierenden neuen Parteien Polens. Trotzdem versucht PiS gar nicht erst, klassische Parteienmodelle aus Westeuropa zu imitieren, sondern beschränkt sich auf wenige populäre Themen (Verbrechens- und Korruptionsbekämpfung) und arbeitet mit bescheidenen Strukturen. Insofern ist PiS ein wenig der Versuch, den Erfolg der PO auf der Rechten zu wiederholen. Die Brüder Kaczynski haben PiS fest im Griff, befinden sich allerdings in einem kaum verhohlenen Gegensatz zu den PP-Politikern (denen aber der Unterbau fehlt).

Die Wählerschaft der PiS ist in der unteren Mittelschicht größerer Städte zu finden und besteht zum größten Teil aus frustrierten ehemaligen AWS-Wählern, denen die PO zu liberal und „gutsituiert“ erscheint und die besonders oft zu Verschwörungstheorien neigen. PiS lebt im Grunde von einer Reduktion aller Probleme Polens auf die kommunistische Zeit und die dadurch verursachten pathologischen Erscheinungen in der Gesellschaft. Man kann davon ausgehen, dass diese Weltsicht kaum Aussicht auf Expansion in breitere Wählerschichten hat. Zweites ideologisches Standbein ist ein ausgeprägter Ektatismus, der sich durch alle Programmbereiche zieht und der in krassem Widerspruch zum Subsidiaritätsprinzip steht.

Programm

Das PiS-Wahlprogramm konzentriert sich auf die Verbrechensbekämpfung mit Forderungen nach generell schärferen Strafen, schnelleren Gerichtsverfahren, besonders harter Bestrafung von Bandenmitgliedern

■ **Das PiS-Wahlprogramm konzentriert sich auf die Verbrechensbekämpfung mit Forderungen nach generell schärferen Strafen, schnelleren Gerichtsverfahren, besonders harter Bestrafung von Bandenmitgliedern und Hooligans, neuen Straftatbeständen (z.B. Ruhestörung) etc.**

dern und Hooligans, neuen Straftatbeständen (z.B. Ruhestörung) etc.

Ebenso identitätsstiftend für PiS wie die innere Sicherheit ist die Korruptionsbekämpfung. Hierzu schlägt PiS die Schaffung einer neuen Kontrollbehörde aus „sauberen“ Beamten vor, die weitgehende Vollmachten gegenüber allen anderen Behörden besitzt. Alle Politiker und höheren Beamten müssen permanent Einblick in ihre Vermögensverhältnisse gewähren. Außerdem sollen die Wojwoden auf Kosten der Bürgermeister größere Machtbefugnisse erhalten.

In der Wirtschaftspolitik schlägt PiS zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit staatliche Zuschüsse für die Einstellung von Berufsanfängern vor, sowie die Einschränkung der Unabhängigkeit der Nationalbank („Belastung für die Wirtschaft“) durch Verfassungsänderung. Neue Wohnungen sollen durch ein massives Kreditprogramm für den Wohnungsbau entstehen.

Wichtige Politiker

- Lech Kaczyński (51), Vorsitzender, Professor der Rechtswissenschaft, seit 1977 in verschiedenen Oppositionsbewegungen aktiv (KOR, Solidarnosc), 1989 bis 1991 Senator, 1991 bis 1993 und seit 1997 Abgeordneter des Sejm, 1990 Mitbegründer der Zentrumsallianz (PC), 1992 bis 1995 Chef der Obersten Kontrollbehörde NIK (= Bundesrechnungshof), Juni 2000 bis Juni 2001 Justizminister.
- Jarosław Kaczyński (51), in seiner politischen Laufbahn eng mit dem Zwillingsbruder verbunden, Berater und 1990 bis 1992 Chef des Präsidialamts Lech Walesas, später einer der schärfsten Kritiker Walesas.
- Ludwik Dorn (47), Abgeordneter seit 1991, Chef des PiS-Wahlkampfstabes.
- Wiesław Walendziak (39), Historiker und Journalist, einer der Mitbegründer des Bundes der Rechten (PP), Abgeordneter seit 1997 (damals AWS), 1994 bis 1996 Chef des Staatlichen Fernsehens, 1997 bis 1999 Chef der Kanzlei des Premierministers.

Selbstverteidigung (Samoobrona)

Entstehung und Strukturen:

Diese einige tausend Mitglieder umfassende Bewegung wurde von dem radikalen Bauernführer Andrzej Lepper 1992 gegründet und versucht, das gerade unter der Landbevölkerung und bei den Transformationsverlierern anscheinend immer stärker vorhandene Frustrationspotenzial einzufangen. Erstmals erlangte die Samoobrona internationale Aufmerksamkeit durch gewalttätige Straßenblockaden im Januar/Februar 1999, um die Regierung zu Stützungskäufen für landwirtschaftliche Produkte und protektionistischen Maßnahmen gegen Importe zu zwingen. Lepper wurde wiederholt zu schweren Strafen (einschließlich Gefängnis) verurteilt, hat aber mit Ausnahme einiger Tage nie eingesessen, weil die Urteile entweder keine Rechtskräftigkeit erlangten oder gegen Kautionsaussetzung wurden. Finanzielle Unterstützung erhält Lepper anscheinend von agroindustriellen Großunternehmen (die an Exporten in die GUS-Staaten interessiert sind). Er hat auch zumindest über einige Jahre hinweg mit dem Schiller-Institut (Helga Zepp-LaRouche/EAP) zusammengearbeitet.

Andrzej Lepper vertritt eine für Außenstehende abstruse Mischung von politischen Vorstellungen: Radikale Ablehnung der Globalisierung und tiefe Kritik der Marktwirtschaft, sowie polnischer Nationalismus und starke prorussische Tendenzen, eine viel unverblümter als bei der SLD vorgebrachte Nostalgie für das kommunistische Polen, auch Gegnerschaft zur NATO und besonders zur EU. Lepper kann selbst im komplizierten polnischen Kontext weder als links noch als rechts gelten. Er selbst wie auch seine Wählerschaft lassen starke Parallelen zu dem obskuren Präsidentschaftskandidaten Tyminski von 1990 erkennen, der damals Tadeusz Mazowiecki mühelos überholte und Lech Walesa ernsthaft Konkurrenz machte.

Programm

Die Samoobrona fordert ein staatlich garantiertes Mindesteinkommen, großzügiges Engagement der Regierung in der Landwirtschaft, die Ablösung Les-

■ **Die Samoobrona fordert ein staatlich garantiertes Mindesteinkommen, großzügiges Engagement der Regierung in der Landwirtschaft, die Ablösung Leszek Balcerowicz' als Nationalbankpräsident und andere klar populistische Punkte.**

zek Balcerowicz' als Nationalbankpräsident und andere klar populistische Punkte.

Wichtiger Politiker

- Andrzej Lepper (47), Landwirt, unbestrittener Führer der Samoobrona.

Liga Polnischer Familien (LPR)

Entstehung und Strukturen

Die LPR ist ein seit Juni 2001 bestehender loser Zusammenschluss von Parteien und Grüppchen, die radikal nationalistische und ultraklerikale Auffassungen teilen. Medial unterstützt und inhaltlich geprägt wird LPR von dem berüchtigten integristischen Sender *Radio Maryja*, der auch eine landesweite Infrastruktur bietet. Die LPR sucht die Nähe zum Klerus und findet beim konservativen Flügel des Episkopats durchaus Anklang. Die LPR ist in hohem Maße anti-deutsch, anti-EU und antisemitisch, was sich allerdings im Gegensatz zur Samoobrona mit einer stark antikommunistischen Einstellung mischt. Die Wahrscheinlichkeit eines Auseinanderfallens im Laufe der Legislaturperiode kann auf Grund früherer Erfahrungen mit den beteiligten Personen als hoch eingeschätzt werden.

Programm

Das Wahlprogramm der LPR besteht aus der üblichen Mischung von populistischen und antiliberalen Forderungen in der Wirtschaftspolitik und einer Ablehnung der Vorbereitungen auf den EU-Beitritt, dazu ultrakonservative Punkte in der Gesellschaftspolitik.

Wichtige Politiker

- Antoni Macierewicz (53), Pressesprecher der LPR, kampferprobt aus dem antikommunistischen Widerstand seit den sechziger Jahren.
- Zygmunt Wrzodak (45), Leiter des Wahlkampfstabes der LPR, Vorsitzender der Gewerkschaft Solidarnosc in der Traktorenfabrik Ursus in Warschau, bekannt geworden durch das öffentliche Verbrennen von EU-Flaggen.

■ **Das Wahlprogramm der LPR besteht aus der üblichen Mischung von populistischen und antiliberalen Forderungen in der Wirtschaftspolitik und einer Ablehnung der Vorbereitungen auf den EU-Beitritt, dazu ultrakonservative Punkte in der Gesellschaftspolitik.**

Politische Topographie Polens

Der Versuch, das politische Koordinatensystem Polens grafisch darzustellen, ist natürlich in jedem Fall eine grobe Vereinfachung. Die beiden in der öffentlichen Debatte wichtigsten Gegensatzpaare, nämlich Modernität/Traditionalismus und Postkommunismus/Antikommunismus, die hier als Koordinaten dienen, sind keineswegs die einzigen, die zählen. Wäre noch eine dritte Dimension frei, käme Wirtschaftsliberalismus/Dirigismus ins Spiel, wo die PO auf dem liberalen Extrem, gefolgt von der UW käme, SLD, AWSP, PiS und PSL in der Mitte und am anderen Ende Samoobrona und LPR. Immerhin gibt die nachfolgende Grafik einen gewissen Überblick.

(Die Gruppierungen, die als eigenständige Listen kandidiert haben, sind unterstrichen)

AWSP Wahlaktion Solidarnosc der Rechten

LPR – Liga Polnischer Familien

PiS - Recht und Gerechtigkeit

PO – Bürgerplattform

PPChD – Union der Christdemokraten

PSL – Bauernpartei

RS-AWS – Gesellschaftliche Bewegung-AWS

Samoobrona - Selbstverteidigung

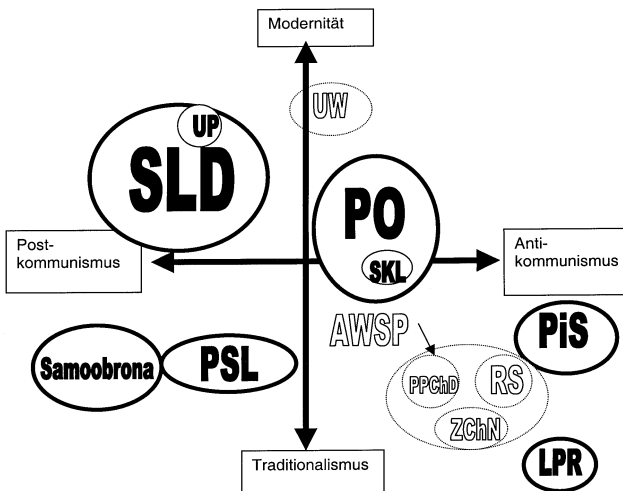
SKL – Konservative Volkspartei

SLD – Bündnis der Demokratischen Linken

UP – Union der Arbeit

UW – Freiheitsunion

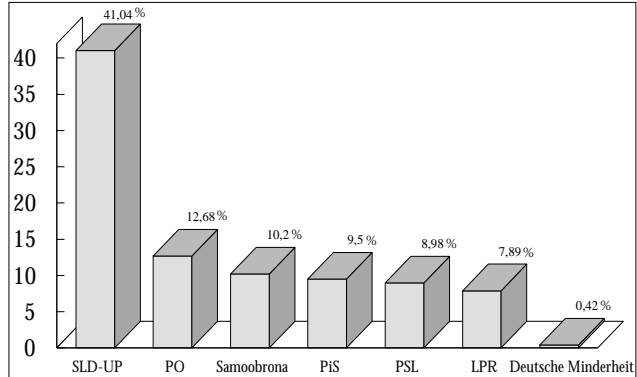
ZChN – Christlich-Nationale Union



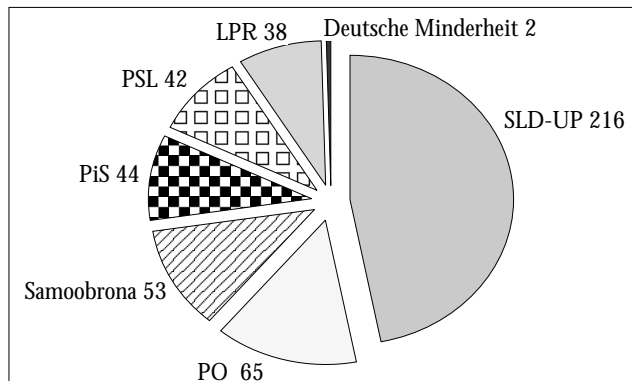
■ Wahlergebnisse

Das vorläufige amtliche Endergebnis vom 27. September, bei einer Wahlbeteiligung von 46,29 % (bzw. 13,5 von 29,4 Millionen Wahlberechtigten)

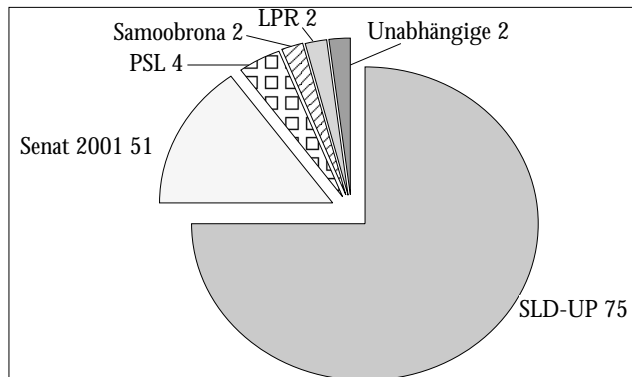
■ Endergebnis



■ Sitzverteilung im Sejm (460 Sitze)



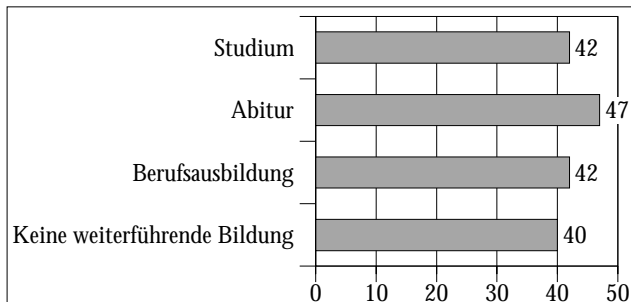
■ Sitzverteilung im Senat (100 Sitze)



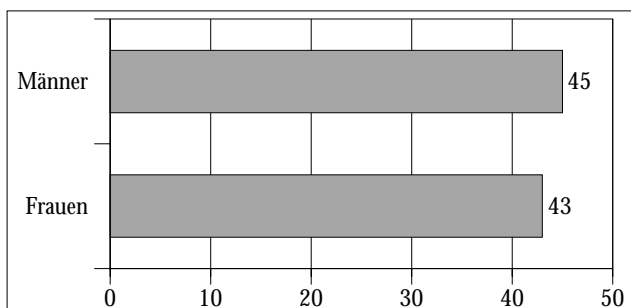
Die Wähler der im Sejm vertretenen Parteien nach Wohnort, Geschlecht, Bildung und Alter

Wählerschaft SLD-UP 2001

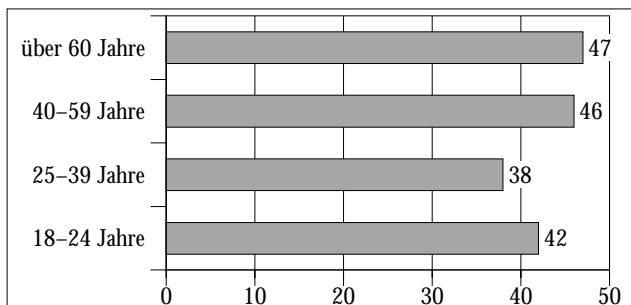
(Institut PBS, Ergebnisse in Prozent der abgegebenen Stimmen)



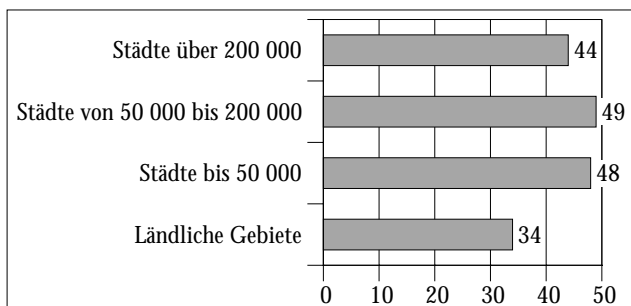
■ Bildung



■ Geschlecht



■ Alter

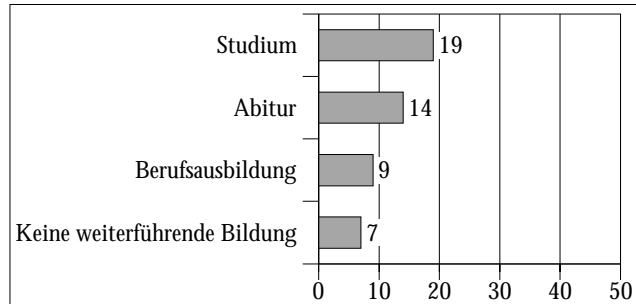


■ Wohnort

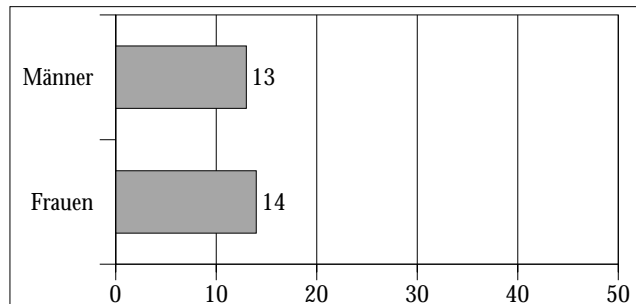
Wählerschaft PO 2001

(Institut PBS, Ergebnisse in Prozent der abgegebenen Stimmen)

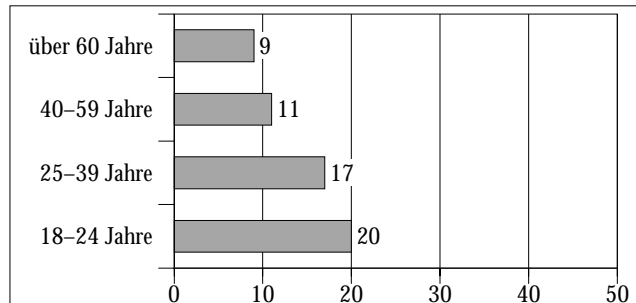
■ Bildung



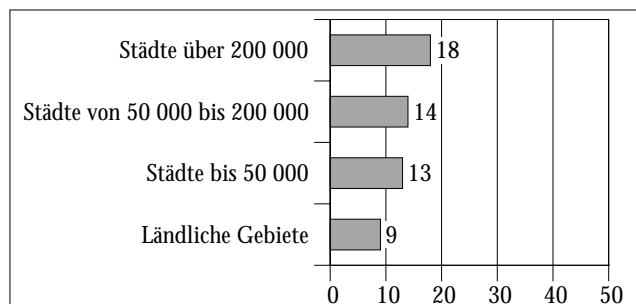
■ Geschlecht



■ Alter

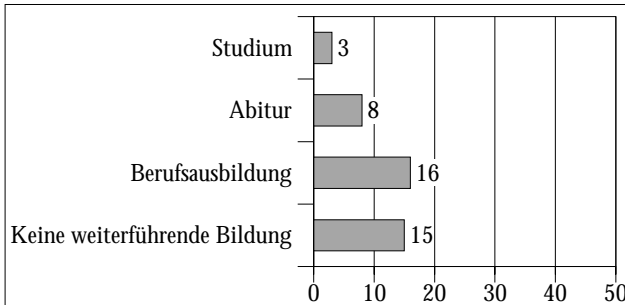


■ Wohnort

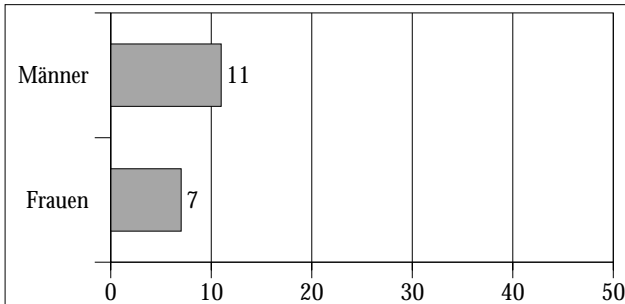


Wählerschaft Samoobrona 2001

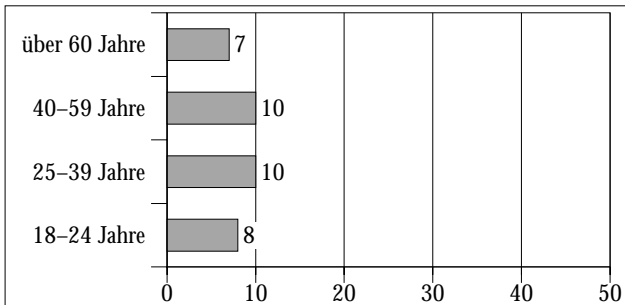
(Institut PBS, Ergebnisse in Prozent der abgegebenen Stimmen)



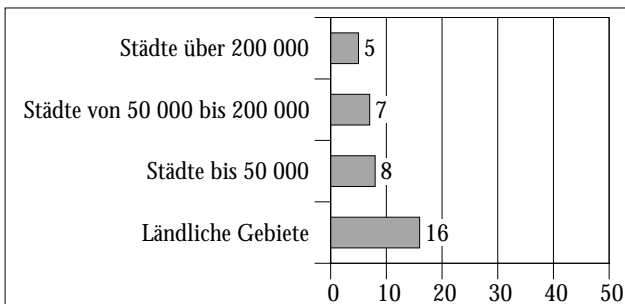
■ Bildung



■ Geschlecht



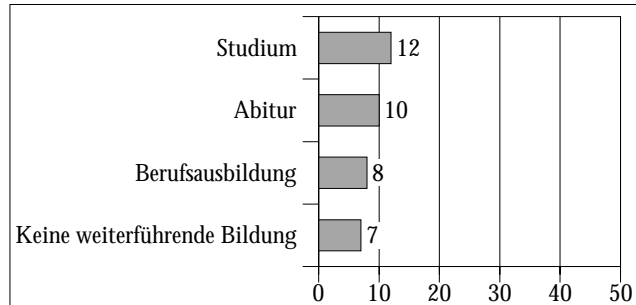
■ Alter



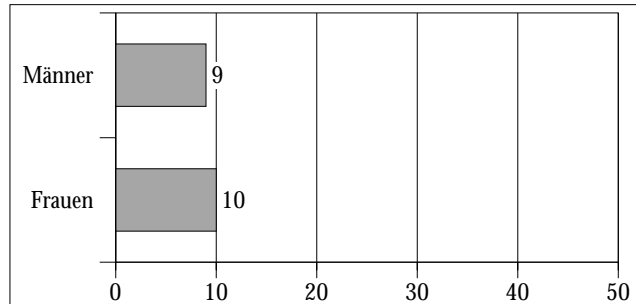
■ Wohnort

Wählerschaft PiS 2001
(Institut PBS, Ergebnisse in Prozent der abgegebenen Stimmen)

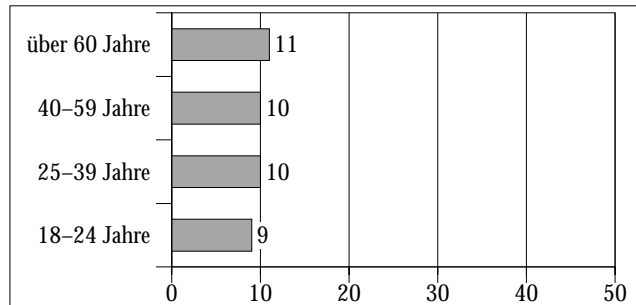
Bildung



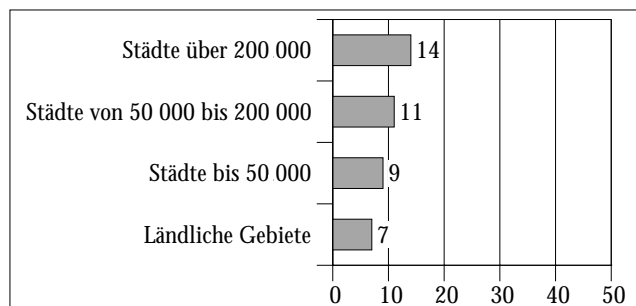
Geschlecht



Alter

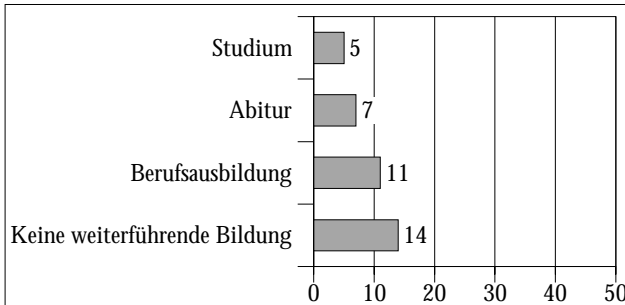


Wohnort

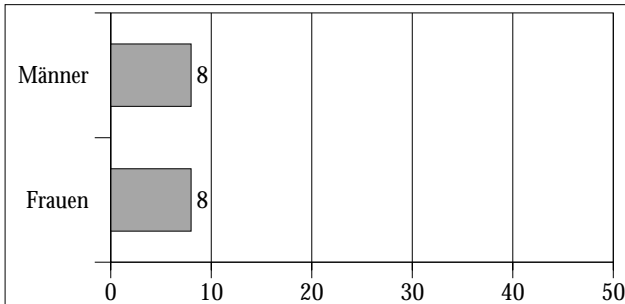


Wählerschaft PSL 2001

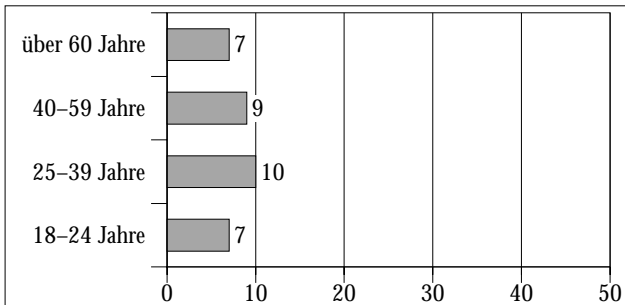
(Institut PBS, Ergebnisse in Prozent der abgegebenen Stimmen)



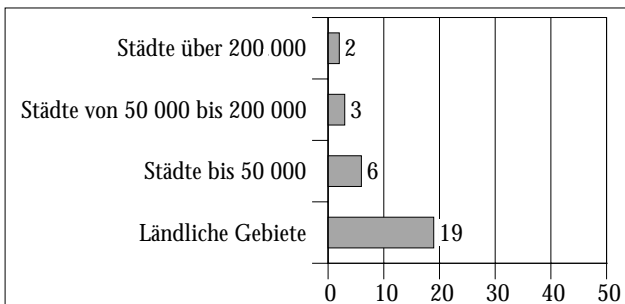
■ Bildung



■ Geschlecht



■ Alter



■ Wohnort

Analyse

- Die Wählerschaft der LPR besteht in hohem Maße aus Wechselwählern, die auch in der Vergangenheit oft radikale Parteien gewählt haben und zu den Modernisierungsverlierern zählen: Ältere, eher in Landgebieten und mit niedriger Bildung. Der hohe Frauenanteil ist der Religiosität von LPR zuzuschreiben.
- An PiS fällt der klare Überhang an Großstadtbewohnern (innere Sicherheit!) und Gebildeten auf; vor allem AWSP hat hier Stimmen abgegeben. Warschau und Krakau bilden besondere Schwerpunkte.
- Die PSL-Wähler sind etwa dieselben wie 1997: Im wesentlichen Dorfbewohner mit niedrigem Bildungsgrad. Einige AWS-Wähler von 1997 konnten zurückgewonnen werden. Geografisch ist die PSL besonders entlang der Ostgrenze stark.
- Für die Samoobrona stimmten vor allem Einwohner von kleinen Städten und ländlichen Gebieten, die 1997 PSL, AWS oder die radikalpopulistische ROP gewählt haben. Niedrige Bildung und ein höherer Männeranteil (konfliktfreundige Rhetorik!) zeichnen dieses Segment aus. Besonders Mitglieder ehemaliger Produktionsgenossenschaften scheinen Lepper gewählt zu haben.
- Die Wählerschaft der SLD-UP verteilt sich fast gleichmäßig über alle Bevölkerungsteile, ist in ihren Erwartungen allerdings tief zwischen Kommunismus-Nostalgikern und Liberalen gespalten. Der Zuwachs gegenüber 1997 (die SLD erhielt damals 27 Prozent) kommt von der UP, die damals noch getrennt kandidierte, der PSL, der UW und der AWS (was allen Lagertheorien widerspricht). Geografisch liegt das Schwergewicht in den westlichen Gebieten Polens.
- Die PO wurde vor allem von jungen Menschen in großen Städten (besonders im Norden und Süden Polens) mit höherer Bildung gewählt. Damit tritt sie eindeutig die Nachfolge der UW an (von der sie auch über ein Drittel ihrer Wählerschaft bekommen hat).

■ Die Regierungsbildung

Koalitionsvarianten

Zwei mögliche Varianten zeichnen sich ab: Entweder eine Koalition der SLD-UP mit der PSL, was sicher zu einer Verlangsamung des Reformtempos führen würde, oder eine Minderheitsregierung, die sich ihre Mehrheiten ad hoc suchen müsste. Zur Zeit der Fertigstellung dieses Artikels deutete alles auf eine Koalition mit der PSL hin. Die Koalitionsverhandlungen werden allerdings in der Frage der Wirtschafts-, Sozial- und Haushaltspolitik sehr schwierig.

Eine unmittelbare Regierungsbeteiligung der Bürgerplattform kommt, sicher zum Leidwesen der EU, Washingtons und der polnischen Großunternehmen, nicht in Frage, denn dadurch würde die PO sich spalten, bevor sie sich überhaupt als Partei konstituiert hat: Zu viele ihrer Abgeordneten, besonders die aus der SKL, würden unter keinen Umständen in einer Regierung Miller mitarbeiten. Höchstens eine Duldung einer SLD-UP-Minderheitsregierung, mit Kooperation auf bestimmten Schlüsselgebieten wie Europa- und Steuerpolitik, wäre denkbar.

Mögliche Strategien einer SLD-geführten Regierung

Egal ob allein oder mit Koalitionspartner, die SLD wird folgende Grundlinien verfolgen: Die Schaffung einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft (mit sozialem Ausgleich) und der Beitritt zur EU, also: eine prinzipielle Fortsetzung von Reform und Modernisierung Polens. Dies wird auch für die SLD Fluchtpunkt aller Politik bleiben. Das Reformtempo könnte allerdings durch einen Koalitionspartner PSL verlangsamt werden.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

- Haushalt: Erste Priorität wird die Sanierung des schwer defizitären Haushalts sein, den die Regierung Buzek hinterlässt. Hier werden Einsparungen schon heute mit der scheidenden Regierung pragmatisch koordiniert. Die SLD wird allerdings kaum an Sozialleistungen sparen wollen. Eher werden die Gehälter im öffentlichen Dienst eingefroren und die geplanten Steuersenkungen aufgeschoben.

■ Zwei mögliche Varianten zeichnen sich ab: Entweder eine Koalition der SLD-UP mit der PSL, was sicher zu einer Verlangsamung des Reformtempos führen würde, oder eine Minderheitsregierung, die sich ihre Mehrheiten ad hoc suchen müsste. Zur Zeit der Fertigstellung dieses Artikels deutete alles auf eine Koalition mit der PSL hin. Die Koalitionsverhandlungen werden allerdings in der Frage der Wirtschafts-, Sozial- und Haushaltspolitik sehr schwierig.

- Reformen: Die einzige Reform der Regierung Buzek, die die SLD größtenteils zurücknehmen würde, ist die Gesundheitsreform durch die Abschaffung der regionalen öffentlichen Krankenkassen, die vor allem den öffentlichen Ärger auf sich gezogen haben. Die erneute Integration des defizitären Gesundheitsbereichs in den öffentlichen Haushalt könnte allerdings zu einem weiteren Anstieg des Defizits führen.
- Steuerpolitik: Eine Änderung der geplanten Steuer senkung ist möglich: Zwar Senkung des Eingangsteuersatzes von 18 auf 17 Prozent, aber eine zeitliche Streckung der Senkung der von der Regierung Buzek geplanten Unternehmenssteuern von 28 auf 22 Prozent. Allerdings werden Steuererleichterungen und staatliche Zuschüsse für Neueinstellungen angesichts der hohen Arbeitslosigkeit ein größeres Gewicht erhalten.
- Privatisierung: Der schon weit fortgeschrittene Privatisierungsprozess der Luftfahrtgesellschaft LOT und der Telekom TP S.A. wird wohl nicht aufgehoben werden; sogar die schon beschlossene, aber noch nicht umgesetzte Privatisierung des Energiesektors wird wahrscheinlich zum 1. Januar 2003 erfolgen. Zu Verzögerungen wird es jedoch – aus Angst vor gesellschaftlichen Widerständen – bei der Reform der Schwerindustrie und der staatlichen Eisenbahngesellschaft kommen. Dies wäre kurzfristig zwar nicht von besonderer Bedeutung, schüfe aber mittelfristige Belastungen für den Staatshaushalt und die Wirtschaftsstruktur insgesamt.

Verwaltung

- Straffung der Regierung: Es soll statt 20 nur noch 15 Ressorts geben. Angesichts der jüngsten Skandale wird die Korruptionsbekämpfung auf allen Ebenen der Verwaltung einen hohen Stellenwert bekommen, ob das auch Effekte bringt, bleibt abzuwarten.
- Stärkung der Regionen: Weitere Kompetenzen und bessere Finanzausstattung für Kreise, Gemeinden und Wojwodschaften.

Außen- und Sicherheitspolitik

- Europapolitik: Das Europathema ist der SLD nützlich, weil es die Partei in ihrer Suche nach einem weltoffenen, modernen Image stützt und weil es die polnische Rechte latent in eine pro- und anti-europäische Option spaltet. Eine wirkliche Veränderung mit Blick auf die Beitrittsverhandlungen wird es kaum geben: Wahrscheinlich wird sogar Chefunterhändler Jan Kulakowski in seinem Amt belassen. Allerdings könnte es auf Gebieten wie Entmonopolisierung, Privatisierung und (im Falle einer Koalition mit der PSL) Landwirtschaft eine Verhärtung der Positionen geben. Andererseits wäre der Verhandlungsstil generell wahrscheinlich pragmatischer und rationaler. Bei den Reizthemen Freizügigkeit, Grundstückskäufe und Fonds würde sich wiederum wenig ändern. Bezüglich der langfristigen Entwicklung der EU sind einige SLD-Politiker (z.B. Jozef Oleksy) aber einem Föderalismus wie dem Fischers näher als praktisch alle Politiker der Rechten.
- NATO: Polens neue NATO-Mitgliedschaft, die sich Präsident Kwasniewski sogar unmittelbar auf die Fahnen geschrieben hat, würde nicht im Geringsten in Frage gestellt. Vielleicht würde, bei Out-of-area-Einsätzen oder in Fragen des Verhältnisses zwischen NATO- und EU-Strukturen in der europäischen Sicherheit, eine SLD-Regierung etwas unabhängiger von den USA agieren als die polnische Rechte. Aber an einen grundsätzlichen Wandel in der sicherheitspolitischen Ausrichtung ist gar nicht zu denken.
- Russland, Ukraine, Belarus: Hier wird es am ehesten zu neuen Weichenstellungen kommen. Zunächst wird man versuchen, die Beziehungen zu Moskau von negativen Emotionen zu befreien, die durch die Affäre um ein Glasfaserkabel in einer Gaspipeline, Streitigkeiten um die Energieversorgung oder die Ausweisung von Spionageverdächtigen entstanden sind. Zweitens wird die SLD versuchen, mehr Konzept in die Politik gegenüber allen östlichen Nachbarstaaten – vor allem im Lichte der EU-Osterweiterung – zu bringen. Drittens glaubt die SLD, ohne privilegierte Beziehungen zu Russland sei keine aktive polnische Politik gegenüber Belarus und Ukraine möglich – in einem gewissen

Sinne also *Russia first*, ohne allerdings eine Kehrtwendung zu vollziehen.

Politische Implikationen des Regierungswechsels

Die erhoffte Stabilisierung der Warschauer Politik nach der immer prekäreren Situation unter Jerzy Buzek ist zunächst nicht eingetreten. Leszek Miller tritt eine schwere Erbschaft an: Er muss ein riesiges Haushaltsloch für 2002 stopfen, und wird gezwungen sein, Maßnahmen zu treffen, die als unsozial empfunden werden. Er hat sich selbst außerdem zum Ziel gesetzt, die Beitrittsverhandlungen mit der EU zu beschleunigen. Die hierzu nötigen Kompromisse könnten schwerer fallen als vor der Wahl zu erwarten stand. Auf beiden Gebieten können die beiden neuen radikalen Gruppierungen im Parlament, besonders die Samoobrona, stark bremsend wirken, indem sie der PSL, die sie fürchtet, die koalitionsinternen Kompromisse erschweren.

Die Regierung Buzek endete zwar im Fiasko. Man sollte aber nicht verschweigen, dass sie – im Vergleich zum *Big Bang* von 1990 ein ebenso ehrgeiziges Reformprogramm durchgesetzt hat, das in Teilen (Polen hat eines der modernsten Rentenversicherungssysteme der Welt) langfristig als beispielhaft gelten dürfte. Auch bei der Verwaltungs- und Bildungsreform sind zumindest gute Anfänge gesetzt worden. Die breite Frustration, die nun die kurzfristige Folge sowohl schmerzhafter Reformen als auch der Politikunfähigkeit vieler AWS- und UW-Politiker ist, wird ein vergleichbares Reformtempo sehr schwierig machen. Trotzdem ist Polen noch nicht verloren für die erste Runde des EU-Beitritts. Ein erneutes Wirtschaftswachstum in ausreichender Höhe ist für die nächsten Jahre durchaus möglich, und der politische Wille, Polen so schnell wie möglich in die EU zu führen, kann auch bei der Regierung Miller vorausgesetzt werden.

■ **Folgen für das Parteiensystem**

Unmittelbare Effekte

Insgesamt hat der Einzug der zwei radikalen Gruppierungen (zusammen 91 von 460 Abgeordneten) und der Erfolg der populistisch-antikommunistischen Law-and-Order-Partei PiS, aber auch der Weg-

fall von AWSP und insbesondere der UW folgende Konsequenzen:

- Ein für polnische Verhältnisse schmerzhafter Verlust an politischem Fachwissen und parlamentarischer Erfahrung, der die Parlamentsarbeit an sich schwerfälliger und unprofessioneller machen kann.
- Blockaden der regulären Parlamentsarbeit durch die radikalen Gruppierungen. Das könnte besonders die Arbeit an der Rechtsangleichung im Rahmen der Beitrittsvorbereitung lähmen.
- Andererseits sind gerade bei der Samoobrona zwei Entwicklungen wahrscheinlich: Allein die Anwesenheit im Parlament lässt die Bewegung in den Augen der extremen Protestwähler schon wieder als Teil des Establishments erscheinen, und außerdem sind interne Konflikte und Korruptionsaffären vorprogrammiert (ähnlich wie bei der Sachsen-Anhaltinischen DVU nach 1998).

Folgen für CDU/CSU und EVP

Mit der Bürgerplattform (PO) und Recht und Gerechtigkeit (PiS) sind nur zwei der vier angetretenen „bürgerlichen“ Wahllisten im neuen Sejm vertreten. Die weitere Entwicklung des gesamten Mitte-Rechts-Spektrums hängt dabei von zwei Faktoren ab:

- Der Zusammensetzung und internen Dynamik innerhalb der Fraktionen von PO und PiS im Sejm.
- Der Entwicklung zwischen Bürgerplattform und PiS (im Sejm) auf der einen Seite, sowie AWSP und Freiheitsunion (außerparlamentarisch) auf der anderen Seite.

In der Bürgerplattform verläuft eine kaum verhohlene Konfliktlinie zwischen den eher Liberalen (Tusk, Piskorski – ehemalige Freiheitsunion) und den eher Konservativen (Rokita, SKL). In PiS ist ein fast offen ausgetragener Streit zwischen den Brüdern Kaczynski und den Politikern des Rechtsbündnisses (Przymierze Prawicy: Walendziak, Styczen, Ujazdowski – ehemalige SKL- und ZChN- Politiker) entstanden.

Die Führung der Bürgerplattform will auf einem Gründungsparteitag im Dezember eine schlagkräftige Partei gründen. Deren Vorsitzender und Fraktionsvorsitzender soll der ehemalige Sejmpräsident Macej Plazynski werden. Die nächsten Wochen sind die „Stunde der Wahrheit“ für die SKL.

- Die SKL könnte aus der Niederlage des ganzen Mitte-Rechts-Spektrums lernen und sich voll in die neue Partei integrieren. Hierbei könnte sie eine Brückenfunktion zu den unzufriedenen Teilen des PiS-Lagers (Przymierze Prawicy), der Freiheitsunion und Teilen der RS-AWS einnehmen (besonders zur PPChD).
- Der Zwang, die SKL in der Plattform aufzulösen, könnte zu einer Gegenreaktion und damit zum Ausscheiden aller oder einiger SKL-Abgeordneten aus der Plattform und der Gründung einer eigenen Fraktion führen. In diesem Falle wäre die Orientierung in Richtung Przymierze Prawicy, Freiheitsunion, und zur PPChD als Alternative zur Bürgerplattform zu begreifen. Es käme zu drei Parlamentsfraktionen der zwei Wahllisten, d.h. Bürgerplattform, SKL*plus*, PiS.

Jedenfalls sind zwei der drei EVP-Mitgliedsparteien nicht im Sejm vertreten. Die Zukunft der RS-AWS ist ungewiss, während die UW unter dem wahrscheinlichen Vorsitz von Władysław Frasyniuk zunächst überleben wird, zumindest bis zu den Kommunal- und Regionalwahlen Ende 2002. In PiS sind die interne Situation und die endgültige politische Ausrichtung noch zu unklar, um ein Vorgehen der EVP im Falle eines Annäherungsversuchs zu definieren. Die Bürgerplattform (die ja bis auf weiteres die SKL enthält) ist im Moment die einzige Sejm-Fraktion, mit der die EVP zusammenarbeiten kann. Ihren Wünschen nach Kontakten und Zusammenarbeit sollte umgehend entsprochen werden.

Das Manuskript wurde am 4. Oktober 2001 abgeschlossen.